

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 9 (1968)
Heft: 21

Artikel: Lateinamerika in Stichworten
Autor: A.M.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076593>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lateinamerika in Stichworten

Der Bericht unseres lateinamerikanischen Korrespondenten mit seinen eigenen politischen Bewertungen entwirft mit Schlaglichtern eine Uebersicht über die Situation in einem Kontinent, dessen Unruhe wieder manifest geworden ist.

Als Reflexerscheinung der politischen Spannungen in Europa und im Nahen Osten sowie der anhaltenden Unruhe in Asien spitzen sich auch in Lateinamerika die Zustände zu. Bei der sogenannten «nicht engagierten Linken» haben die Ereignisse in der Tschechoslowakei einen niederschmetternden Eindruck hinterlassen, also gerade bei denjenigen auf unserem Kontinent, die immer die Parolen von «Nichtintervention» und «Selbstbestimmung der Völker» auf der Zungenspitze haben, wenn es darum geht, die Vereinigten Staaten der übelsten Sünden zu bezichtigen. Die Zwangslage Fidel Castros in

Kuba

war besonders bezeichnend. 48 Stunden nach dem Einmarsch der Sowjettruppen in der Tschechoslowakei hat sich Castro aufgerafft, das russische Vorgehen zu rechtfertigen und aus dem Vorfall die Zuversicht zu schöpfen, die er in seinem ständigen Kampf gegen seine latenten internen Gegner braucht. Daher gelangte er zu der Schlussfolgerung, dass das Vorgehen Moskaus in Zentraleuropa als eine internationale Garantie zu werten sei, dass der Kreml die Perpetuation des kommunistischen Regimes gegebenenfalls auch im karibischen Raum gewährleisten würde. Dieser Selbstrost Castros dürfte sich jedoch als trügerisch erweisen, schon deshalb, weil die geographischen Faktoren hier entscheidend sind. Das Paradoxe ist, dass Castro die Entfernung zwischen seinem Land und der Sowjetunion immer als Argument für die Unabhängigkeit Kubas innerhalb des sowjetischen Blocks benutzt, und hiermit sowie mit gelegentlichen Invektiven gegen Moskau sich bei der lateinamerikanischen Linken ein Image des «Unabhängigen» zusammengebastelt hat. Jetzt ist dieses Image ernstlich ramponiert, und dies aus zwei Gründen: a) Der nun auch formell verkündete Austritt Albaniens aus dem Warschauer Pakt hat dem Regime in Tirana keine unmittelbaren und konkreten Nachteile gebracht. Daher ist Castros Argument,

Moskau würde jeden Versuch aus der «Gesellschaft der sozialistischen Völker auszubrechen, mit revolutionärer Bruderhilfe vereiteln» nichtig; und b) Castros Rolle als Wortführer der «antiimperialistischen» Linken wurde arg lädiert, als er den sowjetischen Einfall in einen sozialistischen Staat guthieß.

Auch die von Kuba aus gesteuerten Partisanenausflüge in den Dschungel von

Bolivien

verlieren allmählich ihren Impetus. Nicht allein wegen der totalen Indifferenz der Eingeborenen, die nach den klassischen Handbüchern der Guerillas das natürliche subjektive, aber auch objektive Hinterland der Partisanen darstellen, sondern auch wegen der peinlichen Enthüllung und Selbstdarstellung eines langjährigen Agenten Castros in Bolivien (des ehemaligen Innenministers Antonio Arguedas), desselben, der der kubanischen Regierung als letzten Dienst das Tagebuch «Che» Guevaras aushändigte, als gleichzeitiger Agent der CIA. Die Frage, die man sich in Zusammenhang mit dem Fall Arguedas nicht nur in Bolivien, sondern in ganz Lateinamerika stellt, ist: «Inwieweit kann man den kommunistischen Führern überhaupt Vertrauen schenken?»

Der kürzliche Putsch in

Peru

ist nicht einfach ein «Rechtsputsch» gewesen, wie man ihn genannt hat.

Die Korruptionsaffären, die bis tief in die Regierung reichen, und vor allem die Devisen-Manipulation, die den Sol beträchtlich schwächen, waren freilich Wasser auf die Mühlen der konservativen und mässigen Elemente, die gerade mit dem Argument der Finanzschiebung von den Linksliberalen verdrängt wurden, die sich nun selbst an der Praxis der politischen Korruption beteiligten. In den letzten Septembertagen hatte sich die Situation in diesem Lande schon ent-

scheidend zugespitzt. Die Oelverträge, die von der Regierung zum Vorteil Perus, aber auch verschiedener ausländischer Privatfirmen, ratifiziert wurden, hatten die ernste Krise heraufbeschworen, die nun ausgebrochen ist.

Ecuador

Hier hat der greise Präsident des Nachbarstaates Ecuador, Velasco Ibarra, der den Präsidentenstuhl zum fünftenmal bestiegen hat, angekündigt, dass er die sogenannten Protokolle von Rio de Janeiro als nichtig erklären wird, welche die Grenzfragen zwischen Peru und seinem Land regeln. Velasco drängt auf einen ecuadorianischen Hafen auf dem Amazonas-Fluss; die Peruaner dagegen meinen, dass gerade dasselbe Protokoll Ecuador den freien Schiffsverkehr auf dem Amazonas sichert. Velasco Ibarra wettet auch eifrig gegen das «Monopolkapital» und die Miniröcke der Staatsangestellten. In seinem 80. Lebensjahr hat Velasco noch immer die Vitalität eines lateinischen Hysterikers und die Weltfremdheit eines tropikalischen Caudillos, der imstande ist, die Massen mit seiner blumenreichen, aber inhaltslosen Rhetorik aufzuputzen. Dass Velasco Gefahr läuft, zum fünftenmal als frei gewählter Präsident verjagt zu werden, liegt auf der Hand: den Kampf gegen Wirtschaft, Militär und junge Frauen kann niemand erfolgreich aushalten. Wenn Velasco sein Mandat bis zu Ende ausüben darf, so wäre das nicht nur ein biologisches, sondern vor allem ein politisches Wunder. Aber in Lateinamerika muss man an Wunder glauben, wenn man den Sinn für die Realität nicht verlieren will.

Annähernd soweit wie in Peru vor dem Putsch, ist die Lage in

Uruguay

gediehen, wo gerade diejenigen Elemente, die sich als «fortschrittlich, anti-imperialistisch» und links geben, sobald sie die Schlüsselpositionen in der Wirtschaft innehaben, sich aktiv an den Schiebergeschäften beteiligen, wie eine parlamentarische Untersuchung über die letzte und unbegründete Abwertung des Pesos ans Licht gebracht hat.

Andererseits ist der Versuch des Präsidenten Frei von

Chile

sehr beachtlich, der mit einer regionalen politischen Blockbildung von seinem Versagen in der internen Politik ablenken will. Der Konflikt Chiles mit seinem Nachbarland

Argentinien

wegen des Beagle-Kanals ist der Anlass, den Frei benutzt, um von der schwierigen Wirtschaftslage seines Landes, von Dürre und Produktionsmangel geplagt, abzulenken, indem er versucht, gemeinsam mit Uruguay und Brasilien als Diversionsmanöver die Isolierung Argentinien zu betreiben. Die zunehmende Autorität des argentinischen Statschefs Onganía, besonders nach der Absetzung des Chefs des Generalstabes, Julio Alsogaray, und dem Rücktritt seines Bruders, des Botschafters in Washington, lässt Chile befürchten, dass eine Zuspitzung der Grenzkonflikte mit Argentinien bevorsteht, um so mehr als Argentinien Waffenschatz, erneuert und modernisiert durch in Europa erworbenes sowie mit Lizenz in Argentinien hergestelltes Material, diese Befürchtungen Chiles, zumindest optisch, plausibel erscheinen lässt. Dass es Präsident Frei mit



Castro zur Invasion der CSSR: «Völkerrechtlich natürlich eine Aggression, aber politisch in Ordnung.» Na ja, wenigstens keine Heuchelei.

der Blockbildung gegen Argentinien sehr eilig hat, ist schon daraus ersichtlich, dass die Staatsvisite des uruguayischen Präsidenten Pacheco in Santiago nur wenige Stunden nach Freis Rückkehr von seinem eigenen Besuch in

Brasilien

Mitte September stattfand. Freis Behauptung, dass Brasilien (und nicht Argentinien) die Führungsrolle in Südamerika zukomme, konnte in Buenos Aires nicht überhört werden, und drei Tage nach Pachecos Rückkehr von seinem Staatsbesuch in Santiago trafen sich die Präsidenten Uruguays und Argentiniens für die Dauer von sechs Stunden in der Grenzstadt Salto. Die Argentinier haben Brasilien bezichtigt, durch grossangelegte Kraftwerke und die dazugehörigen Staudämme, die sich im Planungsstadium befinden, die Absicht zu hegen, die argentinischen Häfen am unteren Prana-Fluss zum Austrocknen zu bringen, und sie kündigten an, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag anzurufen, weil sie sich in ihren vitalen Interessen angeblich bedroht fühlen. In Brasilia verhält man sich Freis Plänen gegenüber freundlich-kühl, denn man ist wenig geneigt, zurzeit spektakuläre aussenpolitische Abenteuer zu wagen, um so mehr als General-Präsident Da Costa e Silva von rechts gemahnt wird, eine energische Politik auszuüben, sowohl wirtschaftlich (also weitgehende Liberalisierungsmassnahmen) als auch politisch (kräftigere Schritte gegen die Anhänger des ausgebooteten Präsidenten, den im Exil lebenden Joao Goulart, sowie seine Partner: Exgouverneur Lacerda und Expräsident Janio Quadros).

Ein besonderes Problem, das in der Beurteilung der Lage in Lateinamerika berücksichtigt werden muss, ist die Bewegung der

Asphalt-Guerillas

in verschiedenen Staaten. Vor einigen Monaten betonte Fidel Castro in einer Rede, dass sich die Partisanen-Bewegungen keinesfalls auf ländliche Gebiete beschränken müssten und dass auch in Kuba die Guerillas in den Städten eine wichtige Rolle zum Sturz Batistas beitrugen. In einer Radiosendung nach Haiti erklärte Radio Havanna, dass bewaffnete Aktionen in den Dörfern und Städten helfen würden, dort eine Revolution zu schaffen. In Kolumbien wurde vor einigen Wochen der Führer der städtischen Gruppe des terroristischen ELN (Heer für Nationale Befreiung) festgenommen, der sich als Verbindungs-offizier zwischen Fidel Castro und dem Haupt des ELN, Fabio Vazquez Castano, entpuppte. In Uruguay führt die Gruppe der «Tupamaros» seit einigen Jahren gemässigte Terroraktionen durch, die in der Entführung und in der fünf Tage darauf folgenden Freilassung eines wichtigen Staatsbehörde-Vorsitzenden gipfelten. Die Mässigung der uruguayischen Asphalt-Terroristen scheint jedoch langsam ein Ende zu finden. Auch in Argentinien wurde unlängst ein mit Waffen, Propaganda, Lebensmitteln und sogar einem Hubschrauber gut ausgestattetes Partisanenlager in der Stadt Tucuman aufgedeckt. Die Mitglieder der von einer jungen Frau geleiteten Gruppe stammten fast ausschliesslich aus der Hauptstadt Buenos Aires; unter ihnen befanden sich Angestellte, Studenten, zwei Arbeiter, noch eine Frau und ein Geistlicher. Die zwischen 24 und 41 Jahre alten Guerillas bezeichneten sich als «linksgerichtete Peronisten.»

A. M.

Sowjetische Souveränitätstheorie

(Fortsetzung von Seite 5)

kraten» (Nasser und den übrigen sowjetfreundlichen afrikanischen und asiatischen Führern) vorzuwerfen, sie wollten einen «nationalen Sozialismus» verwirklichen, den es gar nicht geben könne (K. Brutenz in «Mirowaja ekonomika i meschdunarodnje otnoschenija». Moskau, Nr. 3/1968, S. 15—28).

Noch im Juni 1968 behauptete aber einer der führenden Völkerrechtler der Sowjetunion: Zur Sphäre der inneren Kompetenzen des Staates gehören: das gesellschaftliche-politische sowie das soziale-wirtschaftliche System, der staatliche Aufbau usw. Diese Fragen könnten einer internationalen Regelung unter keinen Umständen unterzogen werden. Auch ein breites Gebiet der wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse gehörten zu den inneren Kompetenzen des Staates und müssten durch das nationale Recht reguliert werden (A. I. Botwin, «Prawowedenie/Iswestija wyschich utschebnych sawedenij. Leningrad, Nr. 3/1968, S. 116—122). Im August/September 1968 musste man in Moskau offen erklären, dass dieser Grundsatz innerhalb des «sozialistischen» Lagers nicht gelten könne.

Die nationale Eigenart, die nationalen Gegebenheiten dürfen nur noch als «Form» des sozialistischen Aufbaus gelten, wobei der Inhalt, die sowjetischen Erfahrungen, für alle gleich sein müssen.

«Nationale Marxismen» gibt es nicht

Vielleicht noch mehr gilt die Gleichschaltung für das geistige Leben bzw. für die Ideologie. Die im Mai bis Juli 1968 zwischen dem tschechoslowakischen ZK-Sekretär Cisar und dem sowjetischen Akademiemitglied Konstantinow geführte Diskussion überzeugt einen, dass die blinde Anerkennung des Marxismus-Leninismus auch in der Ideologie nur zur totalen Gleichschaltung führen kann. Cisar behauptete, der Marxismus-Leninismus bzw. der Leninismus sei eine russische Erscheinung, ein russischer Marxismus, welcher unter den Bedingungen anderer Völker nicht restlos übernommen werden könne. Konstantinow antwortete darauf: «Die Kommunisten waren und sind auch heute der Meinung, dass der Leninismus keine rein russische, sondern eine internationale marxistische Lehre ist. Das ist der Grund, weshalb die marxistischen Parteien aller Länder auf dessen Grundlage entstanden, aufgebaut wurden und sich entwickelten. Der Leninismus ist die theoretische Grundlage zur Lösung der komplizierten Fragen des revolutionären Kampfes und des Aufbaus der neuen Gesellschaft... Darin liegt der Grund, weshalb der Marxismus-Leninismus eine ewig lebende, nicht veraltende Lehre ist. Diejenigen aber, welche sich zur Aufgabe stellten, den Leninismus in Verruf zu bringen, indem sie die ‚Neugeburt‘ des Marxismus ohne Leninismus aber natürlich gegen den Leninismus predigen, denken nicht so... Ohne Leninismus kann es keinen modernen Marxismus geben...» Weder eine linke (China) noch eine rechte (CSSR) Abweichung vom Marxismus-Leninismus sei gestattet. Eine pluralistische oder nationale Interpretation des Marxismus müsse entschieden abgelehnt werden («Prawda», 14. 6.

1968, S. 2/3). Es sei eine verwerfliche, feindliche, revisionistische Behauptung, schrieb die «Prawda», dass der Leninismus eine «östliche» Lehre sei, welche für die entwickelten Länder des Westens nicht gelte («Prawda», 22. 9. 1968, S. 3/4. — Ju. Franzew: «Ueber einige Besonderheiten des gegenwärtigen ideologischen Kampfes»). Der Leninismus ist also auch für die westlichen Kommunisten bindend. Innerhalb des Blockes protestiert Franzew gegen jegliche «Korrekturen» der Ideologie des Sozialismus unter dem Vorwand der Liberalisierung und Demokratisierung. Unter den Bedingungen der «liberalisierten und demokratisierten» Thesen des Marxismus gibt es keinen Marxismus mehr. Lenin schrieb seinerzeit: «Die Frage wird nur so aufgestellt: bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Einen Mittelweg gibt es nicht». Es bedeutet also nicht mehr und nicht weniger, als dass keine nationalen «Marxismen» geduldet werden dürfen. Eine vom russischen Schema abweichende Ideologie wird sofort als bürgerlich gestempelt. Diese Zeilen Lenins wurden jetzt von Franzew besonders unterstrichen.

Einmarsch war

«Hilfe zur nationalen Selbständigkeit»

Unter diesen Bedingungen mag die Behauptung der «Prawda» beinahe unverstänglich wirken. Die Streitkräfte der verbündeten sozialistischen Länder «folgen unerschütterlich dem Befehl der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei. Indem sie ihre humane und Klassenmission erfüllen, werden sie von allen Werktätigen der Sowjetunion, der übrigen sozialistischen Länder allseitig unterstützt». Ferner heisst es: «Die KPdSU, ihr ZK, alle Sowjetmenschen schätzen das Vertrauen hoch, welches ihnen gegenüber seitens der Werktätigen der ganzen Welt, der brüderlichen kommunistischen und Arbeiterparteien erwiesen wurde. Die KPdSU, die übrigen kommunistischen und Arbeiterparteien bauen ihre Beziehungen auf die Prinzipien der Gleichberechtigung, der Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten... Die brüderlichen Parteien beschliessen die Fragen des sozialistischen Aufbaus vollständig selbständig. Wenn jedoch, wie in der Tschechoslowakei, eine konterrevolutionäre Verschwörung organisiert wird, so ist es Pflicht der sozialistischen Länder, dem brüderlichen Volk zu Hilfe zu eilen.» («Prawda», 1. 9. 1968, S. 1/4. — Wadim Nekrasow: Unser Banner — der proletarische Internationalismus.)

Die Antwort vom 21. August

Es scheint also tatsächlich so zu sein, dass die Anwendung der «allgemeinen Gesetzmässigkeiten» des Sozialismus keine innere Angelegenheit eines einzelnen «sozialistischen» Staates, sondern eine gemeinsame Sache des gesamten Lagers ist, und zwar unabhängig von den Staatsgrenzen. In diesem Zusammenhang werden die allgemeinbindenden völkerrechtlichen Normen nicht anerkannt. Was die Formen und den Inhalt der zwischenstaatlichen Beziehungen im Ostblock betrifft, wurde also 1968 die Frage gestellt, ob die Regeln des allgemeinen Völkerrechts einen Vorrang gegenüber dem sowjetischen Hegemonialprinzip, dem sozialistischen Internationalismus haben. Diese Frage wurde am 21. August eindeutig mit Nein beantwortet. ■